Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Begr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

General-Anzeiger

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503.

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) [illegible] Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) — Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr — Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 34. Donnerstag den 10 Februar 1921. 44. Jahrgang

Kurze Tagesmeldungen.

Der Reichsernährungsminister Hermes sandte an die Spender der amerikanischen Milchküche ein Dankestelegramm.

Die Reichsregierung hat von der englischen Regierung eine besondere Einladung zur Londoner Konferenz erhalten,

Auf der Londoner Konferenz werden die Minister Dr. Simons und Dr. Wirth Deutschland vertreten.

In einer Unterredung mit einem britischen Zeitungsvertreter erklärte der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden, daß die deutsche Reichsregierung die Pariser Forderungen nicht unterschreiben werde.

Bayern lehnt die Entwaffnung der Einwohnerwehren ab.

Die Einsprüche gegen die Ablehnung der Einkragung in die Stimmlisten der Oberschlesier müssen spätestens am 22. Februar in Oberschlesien eingehen.

Neue Postscheckgebühren?

Von einem Fachmann wird der „Köln. Ztg" geschrieben:

Mit andern Postgebühren werden diesmal auch die Postscheckgebühren erhöht werden. Nachdem, was bisher verlautet, sollen künftig 25 Pfg. für Zahlkarten bis 50 ℳ, 50 Pfg. für Zahlkarten von 50 bis 500 ℳ, 1 ℳ für Zahlkarten von 500 bis 1000 ℳ und 2 ℳ für noch höhere Beträge genommen werden; ferner soll die Auszahlungsgebühr von 10 auf 30 Pfg für jeden einzelnen Betrag erhöht werden. Die bisherige Sie gerungsgebühr von ein Zehntel vom Tausend des ausgezahlten Betrages (d. i. 1 Pfg. von je 100 ℳ) würde also bestehen bleiben.

Der Postscheckdienst soll den bargeldlosen Verkehr fördern. Da erscheint die Erhöhung der Zahlkartengebühr durchaus gerechtfertigt. Wer die Zahlkartengebühr nicht bezahlen will, kann sie auf einfachste Weise vermeiden oder herabmindern, wenn er selber ein Postscheckkonto nimmt. Aber, ist die obenbezeichnete Regelung zweckmäßig? Ich glaube nicht, denn danach würden z. B. 1400 ℳ, wenn sie mit einer Zahlkarte weggeschickt werden, 2 ℳ kosten; wenn man aber eine Zahlkarte über 1000 ℳ und noch eine über 400 ℳ ausschreibt, kosten sie zusammen nur 1,50 ℳ. Der Post würden also vielfach statt eine Zahlkarte deren zwei zur Bearbeitung übergeben werden. Ebensowenig praktisch scheint mir die Erhöhung der Auszahlungsgebühr von 10 auf 30 Pfennig neben Beibehaltung der Steigerungsgebühr. Warum zwei verschiedene Gebühren? Die Abrechnung macht der Post doch zweifellos mehr Arbeit, als wenn nur eine Art von Gebühr erhoben wird. Man hat vor einiger Zeit das Postbestellgeld aufgehoben, um Kosten für die Berechnung und Erhebung von Gebühren zu sparen. Das muß im Postscheckdienst auch gehen. Durch die Steigerungsgebühr will man doch offenbar die höhern Beträge mehr heranziehen. Ein löblicher Grundsatz, den man aber bei der festen Gebühr wieder aufzugeben, scheint, denn es soll künftig jede Auszahlung auf 30 Pfennig erhöht werden. Ich denke mir, daß es gut gehen müßte, wenn die feste Gebühr ganz wegbleibt und dafür die Steigerungsgebühr auf je 2 oder gar 5 Pfg. für je 100 ℳ erhöht wird. Dann würden z. B. 50 ℳ nur 3 oder 5 Pfg. kosten (nach dem andern Vorschlag 31 Pfg.), während 5000 ℳ der Post 1,50 ℳ oder gar 2,50 ℳ einbringen würden. Außerdem hätte die Post den Vorteil, daß die Kosten, die aus der Berechnung der festen Gebühr entstehen, gespart werden.

Da ich nun einmal ins Vorschlagmachen gekommen bin so will ich auch noch mehr anfügen. Die Ueberweisungen besorgt die Post jetzt ganz umsonst. Wäre es wirklich so schlimm, wenn dafür eine ganz kleine Gebühr genommen würde? Die bisherige Steigerungsgebühr von 1 Pfg. für je 100 ℳ oder auch nur die Hälfte davon dürfte bei den gewaltigen Summen, die der Postscheckverkehr vermittelt eine recht ansehnliche Einnahme abwerfen. Ich würde auch nichts dagegen haben, wenn ich für jeden Brief, den ich an das Postscheckamt schicke, oder für jeden Kontoauszug, den ich vom Postscheckamt bekomme etwa 5 Pfg. bezahlen müßte. Im Bankverkehr kostet mich jeder derartige Brief jetzt mindestens 40 Pfg., künftig sogar 60 Pfg.

Und zum Schluß möchte ich die Post noch fragen, warum die Barabhebungen beim Postscheckamt nicht durch einen recht kräftigen Zuschlag eingedämmt werden können. Kleinere Beträge müßten auch hier wieder weniger stark belastet werden. Angebracht wäre vielleicht die selbe Abstufung wie bei den Zahlkarten. Die Höchstgrenze der Zahlkarten wäre wie bei Kassenschecks auf 20 000 ℳ festzusetzen. Dann würde die Ungerechtigkeit gemildert werden, daß z. B. für 100 000 ℳ nur die selbe Gebühr zu zahlen ist wie für 1001 ℳ.

Wenn jetzt eine Gebührenänderung für den Postscheckdienst kommen soll, dann müßte auch etwas Gründliches, Gerechtes und genügend Einträgliches auf einmal geschaffen werden. Innerhalb kurzer Zeit immer wieder mit neuen Erhöhungen zu kommen, wie es Eisenbahn und Post leider schon zu oft gemacht haben sollte im Postscheckdienst nicht auch noch Gebrauch werden.

Aus dem Reiche.

Die Waffenabgabe im Januar.

WTB. **Berlin**, 9. Febr. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung beträgt der Zugang an abgelieferten, angekauften und beschlagnahmten Waffen im Monat Januar 18 Geschütze, 158 Maschinengewehre, 9413 Gewehre, 2850 Revolver und Pistolen, 89 Handgranaten. Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind bisher 371 225 Gewehre eingezogen worden.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

TU. **Berlin**, 9. Febr. Das Reichsarbeitsministerium hat laut Konfektionär beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung von 10 auf 12 Mark täglich zu erhöhen, und zwar mit Wirkung vom 1. November vorigen Jahres ab.

Zur Verfütterung selbst angebauten Hafers durch die Landwirte.

Berlin, 5. Febr. Bei der Durchführung der kürzlich ausgeschriebenen Haferumlage haben sich Schwierigkeiten ergeben, indem in einzelnen Gegenden Bedenken gegen die Höhe der dem Einzelnen zur Lieferung auferlegten Menge erhoben worden sind und allgemein darauf hingewiesen wird, daß die Landwirte damit gerechnet hätten, den von ihnen angebauten Hafer in ihren Betrieben unbeschränkt verfüttern zu dürfen. Den Schwierigkeiten soll dadurch Rechnung getragen werden, daß einem Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages entsprechend den Landwirten die 50 Prozent ihres Ablieferolls erfüllt haben, für die weitere Lieferung Mais oder Maisschrote zu einem dem Hafer entsprechenden Preise zur Verfügung gestellt werden. In Verbindung mit diesen Maßnahmen ist dieser Tage eine Verordnung ergangen, die im Anschluß an die bereits vor längerer Zeit ergangenen Richtlinien vorsieht, daß Landwirte, die ihrer Lieferungspflicht nicht nachkommen, das Dreifache des Haferpreises an die öffentliche Hand zu zahlen haben; bei nachweislichem Unverschulden kann die höhere Verwaltungsbehörde die Zahlung nachlassen.

Vom Reichsernährungsminister für Ernährung und Landwirtschaft sind Ausführungsanordnungen zum Biersteuergesetz erlassen worden.

Berlin, 7. Febr. Zu dem Gesetz, betreffend Abweichungen vom Biersteuergesetz für das Betriebsjahr 1920/21, sind vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Ausführungsanordnungen erlassen worden. Danach sind bei Anrechnung des von den Brauereien zur Bierherstellung bezogenen Reisabfallgrießes und Maisgrießes auf das Malzkontingent 80 Teile Reis, 100 Teile Gerste oder Weizen gleich zu setzen. Brauereien dürfen eine jede Menge von Reisabfallgrieß zur Bierbereitung erst verwenden, nachdem die Verwendung dieser Menge steueramtlich besonders zugelassen worden ist. Ohne eine solche Zulassung kann die Menge zur Bierbereitung verwendet werden, wenn von einer bei der amtlichen Ueberwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln tätigen Nahrungsmitteluntersuchungsanstalt bescheinigt worden ist, daß der Reisabfallgrieß zur menschlichen Ernährung nicht geeignet ist. Die begutachtende Stelle hat die Probe unmittelbar oder durch Vermittelung der für die Brauerei zuständigen Pol zeibehörde zu nehmen. Der Probenehmer hat bei der Probeentnahme das Gewicht der Menge Reisabfallgrieß, die zu begutachten ist, festzustellen und zu bescheinigen. Die Probe ist nach der Begutachtung von der begutachtenden Stelle in ein von ihr versiegelndes Behältnis zu tun; auf dem Behältnis ist anzugeben, daß die Probe zu der von der begutachtenden Stelle ausgestellten Bescheinigung gehört. Die Brauerei hat die Bescheinigung und die Probe zur jederzeitigen Einsicht der Steuerbehörde aufzubewahren. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften sind unter Strafe gestellt. Außerdem ist angeordnet, daß neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Das „eiserne Flaschen"-Kommissariat.

Die köstlichste Blüte am Baume unserer Kriegs und Uebergangswirtschaft ist zweifellos das Reichskommissariat für die Bewirtschaftung eiserner Flaschen. Es handelt sich hier um eine ausgewachsene Behörde mit Beamten- und Angestellten Post- Telegraphen- und Fernsprechgebühren, mit Frachtkosten und Geschäftsbedürfnissen, die noch heute besteht, obwohl ihre Aufgaben längst erfüllt sind, aber zum 31 März 1921 aufgelöst werden soll, wenn ihre „Arbeiten" vollendet sein werden. Ueber diese Arbeit ist doch ein Wort zu sagen. Das Reichskommissariat hat nämlich garnichts zu tun. Nach dem Etat ist nur noch Geld einzunehmen, und zwar insgesamt 1 200 000 Mark. Was liegt näher, als einen Rechtsanwalt damit zu betrauen das Geld einzuklagen? Aber nein, sechzehn Angestellte mühen sich im kostbaren Schweiße ihres Angesichtes damit ab und kosten das Reich rund 200 000 Mark. — — Wo bleibt da der Sparsamkeits-Diktator? ! !

Bayern lehnt die Entwaffnung ab.

TU. **München**, 10. Febr. Mittwoch abend wurde folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

Die Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten vom 5. Februar gab in Bayern Veranlassung zu eingehenden Beratungen, sowohl im Ministerium wie auch im Schoße der Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen stand für Bayern naturgemäß die durch die Pariser Note der alliierten Mächte ausgesprochene Forderung der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren, deren Erhaltung für Bayern nach wie vor nach der übereinstimmenden Anschauung aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage bedeutet. Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der alliierten Mächte niemals außer Acht gelassen, so oft sie auch ihren Standpunkt in dieser Frage prüften und bis heute stets unverändert festgehalten haben. Auch bei neuerlicher Prüfung aller einschlägiger Gesichtspunkte und bisherigen Besprechungen ergab sich, daß dieser Standpunkt, der ausschließlich durch die Sorge um den staatlichen Wiederaufbau bestimmt wird auch durch die neue Lage nicht umgestoßen werden kann und daß die gleichen Gründe, die vor Anfang an maßgebend waren, unverschmächt weiter bestehen. Die Einsicht des Reiches stand für alle Beteiligten dabei außer Frage. Einem separatistischen Gedanken ist während der ganzen Verhandlungen auf keiner Seite auch nur einen Augenblick Raum gegeben worden. Die endgültige Abfassung der an die Reichsregierung zu richtenden Note wird am Donnerstag vormittag erfolgen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund gegen die Pariser Beschlüsse.

Essen, 9. Febr. In einer heute nachmittag veranstalteten Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Pariser Beschlüsse wurde die nachstehende Entschließung angenommen: Der Ortsausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der 56 000 Arbeiter und Angestellte umfaßt, erhebt Einspruch gegen die Pariser Beschlüsse. Die unerträgliche Last dieser Wiedergutmachungsforderungen muß in der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft Entsetzung und Verzweiflung hervorrufen. Arbeiter und Angestellte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes haben ihre ganze Kraft für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas eingesetzt, weitere Lasten zu tragen, ist schlechterdings unmöglich. Die Versammlung spricht dem Reichsministers Simons ihres Vertrauen aus und stellt sich hinter die Erklärung der Regierung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. An alle Volkskreise richtet die Versammlung den Ruf, über die parteipolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundsätze hinweg in den großen Schicksalsfragen des deutschen Volkes einig zu gehen.

Vorberatung der deutschen Gegenvorschläge zu den Pariser Beschlüssen.

Berlin, 9. Febr. Im Auswärtigen Amt fand heute unter Vorsitz des Reichsministers des Aeußern eine Sitzung von Sachverständigen statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in der Entschädigungsfrage im einzelner zu erörtern und die deutschen Gegenvorschläge vorzubereiten. Der Reichsminister des Aeußern gab zunächst einen Ueberblick über die gegenwärtige politische Lage, soweit sie sich auf das Entschädigungsproblem bezieht. Die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Pariser Beschlüsse wurden hierbei besonders behandelt. Nach eingehender Besprechung der einzelnen in Frage kommenden Probleme durch die Anwesenden wurde ein engerer Arbeitsausschuß eingesetzt, der seine Beratungen am nächsten Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuß gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanz, der Landwirtschaft und der Seeschiffahrt und der Arbeitnehmer an.

Prinz Max über die Pariser Bedingungen.

London, 9. Febr. In einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter der „Daily News" erklärte Prinz Max von Baden, die Staatsmänner der Verbündeten wüßten wohl, daß die Forderungen, die in Paris aufgestellt wurden, unannehmbar seien. Unmöglich die Bedingungen würden Deutschland auferlegt damit die angedrohten Sanktionen zur Durchführung gebracht werden könnten. Diese Sanktionen sollten das Ziel Frankreichs, den Zerfall Deutschlands, verwirklichen. Durch die Ausführung der Sanktionen sollte der Ruin Deutschlands vervollständigt werden. Prinz Max sagte: Die Regierung Fehrenbach-Simons wird nicht unterschreiben. wir sind eher bereit, uns in die Katastrophe, die der Einmarsch französischer Truppen und die Besetzung des Ruhrgebiets bedeuten, zu schicken, als mit eigener Hand unsern Kindern und Enkeln Ketten anzulegen.

Eine zweite Einladung zur Londoner Konferenz.

Berlin, 9. Febr. Wie mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung auch von der englischen Regierung eine besondere schriftliche Einladung zu der Londoner Konferenz erhalten. Das Schriftstück ist der deutschen Regierung durch den britischen Botschafter übermittelt worden. Der Text der Einladung wird demnächst veröffentlicht werden.

Das Echo der Pariser Presse.

WTB. **Paris**, 9. Febr. „Echo de Paris" erklärt, die gesamten Aufregungen auf der Londoner Konferenz müßten sein, daß man erklärt, man sei an der Prinze des Entgegenkommens angelangt. Keiner der Alliierten dürfte das Recht haben, unter dem Vorwand eines deutschen Gegenvorschlages eine niedrigere Ziffer der Reparation anzunehmen. Weiter sei es nötig, daß Lord George, der sich nur mündl ch für die Sanktionen bekannt habe, hierfür seine Unterschrift liefere, damit die Sanktionen in Kraft treten könnten. Die Frage der internationalen Kriegsschulden müsse geregelt werden. Bis jetzt hätten die Vereinigten Staaten ein Hindernis für die Lösung gebildet. Weiterhin müsse man die Frage der Gesamtschuld Deutschlands mit dieser Frage verbinden. Vielleicht sei das Gebäude, das man am 29. 1. in Paris aufgebaut hat, doch etwas zu rasch errichtet worden. Deshalb müßten die Tage bis zur Konferenz in London ausgenutzt werden.

Die deutschen Vertreter für London.

Berlin, 9. Febr. Die deutsche Regierung wird sich auf der Londoner Konferenz durch Reichsminister Simons und Reichsfinanzminister Dr. Wirth vertreten lassen. Die beiden Minister werden von einem Stab politischer, hauptsächlich aber finanzieller und volkswirtschaftlicher Sachverständiger begleitet werden.

Die Vorarbeiten für die Gegenvorschläge.

Berlin, 9. Febr. Etwa 40 Herren, die den verschiedensten Berufskreisen angehören, haben Einladungen erhalten, um an den Sachverständigenberatungen für London teilzunehmen. Wie schon in Spaa und Brüssel, ist die Arbeiterschaft durch zwei,

Stöffel und Silberschmidt vertreten. Für Bayern nimmt als wirtschaftlicher Vertreter Bayerns Staatsrat Metzel an den Beratungen teil. Er hatte bereits heute vormittag eine Unterredung mit Simons.

Dankestelegramm des Reichsernährungsministers an die Spender der Milchkühe

Berlin, 9. Febr. Aus Anlaß der Ankunft des ersten Transportes amerikanischer Milchkühe hat der Ernährungsminister den amerikanischen Spendern folgendes Kabeltelegramm übermittelt: Glückliche Ankunft des ersten Transportes Milchkühe gibt mir Veranlassung, allen Spendern für die tatkräftige Unterstützung bei Lösung des schwierigen Problems tief empfundenen Dank auszusprechen. Erneut erwiesene amerikanische Opferfreudigkeit für das durch Hungerblockade erschöpfte deutsche Volk wird in weiten deutschen Kreisen aufrichtige Gefühle der Dankbarkeit auslösen. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (gez.) Hermes.

Zur Abstimmung in Oberschlesien

WTB. **Berlin**, 9. Febr. Die interalliierte Kommission in Oppeln hat die Frist für die Einsprüche gegen die Ablehnung der Eintragung in die Stimmlisten bis zum 22. Februar, abends 6 Uhr, in Oberschlesien eingehend, **verlängert. Es ist** hiernach erforderlich, daß die Ortsgruppen der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier die letzten Einsprüche spätestens am 18. Februar auf dem üblichen Wege zur Ablehnung bringen. **Wer nicht bereits eine vom paritätischen Ausschuß unterstützte Mitteilung über seine erfolgte Eintragung in die Stimmlisten erhalten hat, muß sich sofort bei der zuständigen Ortsgruppe des Verbandes heimattreuer Oberschlesier melden und Einspruch erheben, desgleichen diejenigen, denen eine Ablehnung oder ebenso eine Empfangsbestätigung noch nicht zugegangen sind.**

Die Zahl der Abstimmungsberechtigten.

Gleiwitz, 9. Febr. Wie die Gleiwitzer Volksstimme von zuverlässiger Seite hört, wird die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien aus dem ganzen Reich, die bisher in die Listen eingetragen sind, auf 1 150 000 angegeben. Es ist anzunehmen, daß diese Zahl noch um 50 000 steigen wird.

Auslandsbestellungen in Deutschland.

Hannover, 9. Febr. Wie verlautet, ist von den von der spanischen Regierung ausgeschriebenen Lokomotiven der größte Teil an deutsche Fabriken in Auftrag gegeben worden. Es handelt sich, wie man hört, um 110 Lokomotiven, die heute einen Wert von etwa 500 Millionen Mark darstellen dürften. Zur Ausführung dieses Auftrages haben sich die in Betracht kommenden deutschen Lokomotivfabriken in einer Gruppe zusammengeschlossen, die unter Führung der Hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft stehen soll. Ein größeres Waggongeschäft ist noch in der Schwebe.

Das deutsch-schweizerische Handelsabkommen gekündigt.

Genf, 9. Febr. Heute gab im Nationalrat der Präsident der Volkskommission, Moslmann, die Mitteilung des deutschen Gesandten in Bern bekannt, daß Deutschland den seit 1903 bestehenden **Handelsvertrag zu kündigen** beabsichtige um eine Handelsfreiheit auf wirtschaftlichem Gebiet wiederzuerlangen. Er teilte weiter mit, daß bereits neue Verhandlungen mit dem deutschen Gesandten eingeleitet seien, die aber keineswegs glatt zu verlaufen scheinen. In der Debatte über die Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen führte Moslmann aus, daß eine mäßige Zollerhöhung ohne schädliche Rückwirkungen auf das schweizerische Wirtschaftsleben sein würde, da viele Sätze zu niedrig wären.

Polens Finanzelend.

Warschau, 9. Febr. Finanzminister Steczkowski entschloß sich, von dem Gesetz über eine Zwangsanleihe Gebrauch zu machen. Er beantragte dem Ministerrat Rybarski mit der Ausarbeitung des diesbezüglichen Verfügungsentwurfs. Die Vorlage wurde dem Minister zur Begutachtung bereits vorgelegt. Unabhängig von der Zwangsanleihe wird in weiterer Folge über den Entwurf einer gewissen Vermögensabgabe beraten.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Paris, 9. Febr. Ueber die Frage der Zulassung deutscher Bauhandwerker für die Wiederaufbauarbeiten in Frankreich äußerte sich der Vorsitzende des Verbandes französischer Bauunternehmer u. a. wie folgt: Die umlaufenden Nachrichten über die Arbeitslosigkeit im französischen Baugewerbe treffen für die **qualifizierten Arbeiter** nicht zu. An solchen herrscht im Gegenteil sogar **großer Mangel**, der teils durch die Kriegsverluste zu erklären sei, teils eine Folge der Einführung des Achtstundentages wäre. Man müsse in Frankreich die Ausbildung von qualifizierten Arbeitern nach englischem und deutschem Vorbild organisieren und ferner den Mangel durch Anwerbung fremder Arbeiter abhelfen. In erster Linie müsse Frankreich deutsche Arbeiter berufen, die ausgezeichnet seien. Man könne sich dazu um so leichter entschließen, als die Mithilfe deutscher Arbeitskräfte beim Wiederaufbau ausdrücklich im Friedensvertrag vorgesehen sei. Weiter solle Frankreich 100 000 Mann Arbeiter aus Oesterreich anwerben. Die österreichischen Maurer seien als vortreffliche Arbeiter bekannt. Gleichzeitig wäre dies ein Mittel, um zur Beseitigung der gegenwärtigen Not in Oesterreich beizutragen.

Die Organisation der Roten Armee.

Der Deutschen Nachrichten-Agentur wird aus dem Ruhrgebiet geschrieben: Die kürzlich gemeldeten Verhaftungen einzelner Führer der Roten Armee im Industriebezirk haben zu bemerkenswerten Feststellungen geführt. Danach befindet sich die Zentralleitung der Roten Armee in Berlin. Berlin direkt unterstellt sind fünf Hauptbezirksstellen, von denen sich eine in Essen als Zentrale für Westdeutschland befindet. Als Angehörige der Roten Armee gelten hauptsächlich die Mitglieder der K. P. D., die der Freien Arbeiterunion und die der linken U. S. P. D., jedoch sind in einigen Orten auch Angehörige der rechten U. S. P. D. der Roten Armee angeschlossen. Im allgemeinen sind die Mitglieder 18 bis 45 Jahre alt. Sie müssen geübte Soldaten sein. Verpflichtet werden sie durch Handschlag, der nicht wieder zu lösen ist. Die Stärke der Roten Armee wird in Rheinland und Westfalen auf 15- bis 30 000 Mann berechnet. Um die Gefahr einer Entdeckung möglichst zu verringern, werden die teils durch die Post, teils durch Kuriere versandten Briefe stets an fingierte Adressen gerichtet und bei vertraulichen Angelegenheiten in Zifferschrift abgefaßt. Die Organisation ist nach durchaus militärischen Gesichtspunkten vorgenommen worden. Es sind folgende Dezernate eingerichtet worden: Waffen-, Verpflegungs-, Finanz-, Fahrwesen-, Nachrichten- und ein Bekleidungsdezernat. Das Bezirkskommando hat über sämtliche Mannschaften der Roten Armee eine Stammrolle zu führen welche fortlaufend zu berichtigen ist. An Löhnung sollen Angehörige der Roten Armee ohne Unterschied des Ranges neben freier Verpflegung und Kleidung 10 Mark für den Tag erhalten. Außerdem soll den Angehörigen der Verheirateten 30 bezw. 5 Mark je Frau und Kind gezahlt werden. Wie weit die Organisation vorgeschritten ist, geht daraus hervor, daß bereits 50 000 Stoßtrupps in Auftrag gegeben, daß auch die Erkennungsmarken, Stempel usw. vorhanden sind und selbst die Abzeichen der Führer bereits festgelegt wurden. Neben der eigentlichen Roten Armee, die als Hauptgruppe dienen soll, sind auch noch sogenannte Stoßtrupps aufgestellt, die im Dortmunder Bezirk beispielsweise 425 Mann stark sind, deren Bewaffnung 237 Gewehre, 132 Pistolen, 20 Handgranaten und 4 schwere Maschinengewehre beträgt, und die außerdem noch über einen Zentner Donamit nebst den notwendigen Zündschnüren verfügen, die aus Beständen der Zechen nach und nach entwendet worden sind.

Der allgemeine Kriegsplan geht dahin, daß zunächst jede Aktion vollkommen überraschend örtlich eingeleitet und nach Möglichkeit selbständig durchgeführt werden soll. Falls sich die Unmöglichkeit herausstellt, durch örtliche Kräfte den Gegner zu vertreiben, soll das sofort den Unterbezirken gemeldet werden, die für Unterstützung durch freie Kräfte Sorge zu tragen haben. Um die Aktion vorzubereiten, finden unter dem Anschein harmloser Spaziergänge und Wanderungen Uebungen statt, die regelmäßig, auch nachts, besonders in den Nächten von Samstag auf Sonntag, durchgeführt werden. Zwischen den größten Orten sind direkte Stafettenlinien eingerichtet worden. Im Laufe der Zeit ist die Organisation derart gut vorbereitet worden, daß nach mehreren Proben — so herrschte z. B. vom 1. bis 10. Dezember erhöhte Alarmbereitschaft — für Ende Januar die endgültige Aktion festgesetzt worden war. Sie war zuerst für Mitte Januar im Anschluß an den Hamborner Putsch in Aussicht genommen, dann aber für 14 Tage verschoben worden, da es der Berliner Zentrale ganz unmöglich war, für Mitte Januar eine einheitliche Aktion über das ganze Land einzuleiten. Durch die Verhaftung der maßgebenden Organisatoren und der Führer der Roten Armee ist dieser Plan fürs erste zunichte gemacht worden; es besteht jedoch kein Zweifel, daß neue Vorbereitungen sofort wieder aufgenommen, und daß bei ihnen die bisherigen Erfahrungen im vollsten Maße ausgenutzt werden.

Essener Revolutionsvorgänge vor dem Schwurgericht.

Essen, 10. Febr. Vor dem Schwurgericht nimmt am heutigen Donnerstag der Mordprozeß seinen Anfang, in dem die düsteren Vorgänge wieder aufgerollt werden, die sich anläßlich des Einzugs der Notgardisten in Essen am Wasserturm abgespielt haben. Auf den zum Schutze der Wasserleitung mit einer starken Mannschaft besetzten Wasserturm war am 19. März vormittags 10 Uhr der Angriff durch die Notgardisten eröffnet worden, wobei Maschinengewehre und Minenwerfer eingesetzt wurden. Um 4 Uhr nachmittags war die Stellung der Verteidiger unhaltbar geworden, zumal die Munition zur Neige ging. Sie beschlossen daher, den Wasserturm zu übergeben und hißten ein weißes Tuch. Das Feuer wurde eingestellt und in Massen drängten die Angreifer gegen den Eingang des Wasserturms vor, aus dem die Mannschaft mit ihrem Führer in notdürftiger Kleidung herausstrat. Wie auf ein gegebenes Zeichen stürzten sich nun die Notgardisten über die wehrlosen Verteidiger her, schossen blindlings mit Revolvern auf sie, stachen mit Seitengewehren und Dolchen auf sie los und warfen Handgranaten. **11 Verteidiger wurden auf grauenhafte Weise, einer nach dem anderen niedergemetzelt.** Die übrigen lagen leblos am Boden und kamen, wenn auch mit schweren Verletzungen, mit dem Leben davon, weil man sie für tot hielt. Dann wurden die **Leichen und die Verwundeten bis auf das Hemd ausgeplündert.** Die nach Wiederherstellung der Ordnung eingeleitete Untersuchung gestaltete sich ungemein schwierig, da die an dem Gemetzel beteiligten Notgardisten fast sämtlich von auswärts gekommen waren und ihre Personalien nur noch und nach festgestellt werden konnten. **15 Angeklagte** haben sich jetzt vor den Geschworenen unter der **Anklage des Mordes oder der Beihilfe zum Mord zu verantworten.** Sie entstammen fast ausschließlich dem Dortmunder und dem Hattinger Bezirk. Nur ein Essener befindet sich unter ihnen. Zu den Angeklagten zählt auch das Betriebsratsmitglied der Firma Krupp, der Dreher Schlüter aus Niederbonsfeld, dessen Freilassung die radikale Essener Arbeiterschaft vor kurzem durch Ultimatum und Straßendemonstrationen zu erzwingen suchte. Zu der Verhandlung ist ein ungeheurer Zeugenapparat aufgeboten.

Aus Stadt und Land.

Geveisberg, 10. Februar.

Zur Kreistagswahl.

Die Verhandlungen behufs Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste für die Kreistagswahl haben die endgültige Festsetzung der nachstehenden Vorschlagsliste ergeben: 1. Justizrat Geilen-Schwelm*, 2. Fabrikant Fr. Lüttringhaus-Langerfeld*, 3. Kaufmann E. Springorum-Schwelm*, 4. Rektor Faßbender-Schwelm*, 5. Landwirt L. Leyhe-Nächstebreck, 6. Former Aug. Sasse-Schwelm, 7. Dr. Hülsenbeck-Gevelsberg, 8. Fabrikant Jul. Stocker-Milspe*, 9. Fabrikant Fritz Hünninghaus-Haßlinghausen*, 10. Buchhalter A. d. Eckhoff-Gevelsberg, 11. Fabrikant Theodor Buschhaus d. Ae., Gevelsberg*, 12. Fabrikant Carl Peddinghaus-Altenvoerde*, 13. Beigeordneter Veit-Gevelsberg, 14. Bäckermeister Rob. vom Brocke-Milspe, 15. Fabrikant Rich. Wirth-Milspe, 16. Dr. Koshmeck-Sprockhövel, 17. Bäckermeister Dan. Schimmel-Langerfeld, 18. Landwirt Ew. Hein-Haßlinghausen, 19. Direktor Dr. Halsenclever-Schwelm, 20. Bahnarbeiter K. Lücking-Milspe, 21. Fabrikant Wilh. Schläper d. Ae.-Altenvoerde, 22. Versandleiter Aug. Mauerwert-Voerde, 23. Fabrikant F. W. Paul-Langerfeld, 24. Kaufmann Adolf Schmermund-Gevelsberg, 25. Bäckermeister Ed. Schlleper d. Ae. Gevelsberg*, 26. Landwirt Walter Hilp-Sprockhövel, 27. Bahnhofsvorsteher Brüggemann-Sprockhövel, 28. Fabrikant Otto Eichmann-Haßlinghausen, 29. Kaufmann Paul Grote-Schwelm, 30. Amtsgerichtsrat Ehlerding-Schwelm, 31. Fabrikant Carl Bauer d. J., Voerde, 32. Prof. Schwarz-Gevelsberg. (Die mit Stern bezeichneten Herren waren bisher Mitglied des Kreistages.)

Die beiden sozialdemokratischen Parteien gehen getrennt. Die Vorschlagsliste der Mehrheitssozialdemokratischen Partei enthält folgende Namen: 1 Heinrich Arend, Lagerverwalter, Schwelm; 2 Fritz Heukeroth, Gastwirt, Vogelsang; 3. Friedrich Bachdeuer, Lehrer, Langerfeld; 4. Ludwig Schaape, Bergmann, Obersprockhövel; 5. Eugen Hagermann, Schlosser, Voerde; 6. Gustav Voehe, Polierer, Schwelm; 7 Gustav Dahringhaus, Fabrikant, Langerfeld.

Die der U. S. P. sind: Walter Oettinghaus, Gewerkschaftsbeamter, Milspe; Herm. Heldfeld, Wirt, Langerfeld; Gustav Nelken, Parteisekretär, Schwelm; Fritz Flockenhaus, Metallarbeiter, Gevelsberg; Jul. Bangert, Lagerhalter, Milspe; Wilh. Kraft, Lagerhalter, Haßlinghausen; Gustav Bohm, Lagerhalter, Voerde; Karl Rose, Bergmann, Sprockhövel; Otto Hönmer, Zimmermeister, Ehreisberg; Wilh. Wilgo Bandwirker, Schwelm; Gustav Hagen, Bandwirker, Langerfeld; Wilh. Knoch, Bergmann, Obersprockhövel; Gust. Windgasse, Bergmann, Haßlinghausen; Herm. Bock, Schlosser, Haßlinghausen; Fritz Rettberg, Kassierer, Milspe; Gust. Boerster, Buchbinder, Altenvoerde; Fritz Prunne, Schlosser, Langerfeld; Ewald Arndt, Lagerhalter, Gevelsberg; Rich. Dember, Holzarbeiter, Schwelm; Fritz Schaale, Hilfsarbeiter, Langerfeld; Christ. Hedderich, Former, Milspe.

*

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

13) (Nachdruck verboten.)

5. Kapitel.

Es wurde Arnstorf schwer, seine heitere Unbefangenheit zu bewahren, als er sich mit Heinz Hollfelden allein sah. Hier, wo sich Heinz keinen Zwang aufzuerlegen brauchte, trat die erschreckende Veränderung erst deutlich zutage, die seit der Mordnacht in seinem Wesen und in seinem Aussehen eingetreten war. Die fahle Blässe seiner Wangen und die dunklen Schatten unter den Augen gaben ihm das Aussehen eines Schwerkranken, und es zuckte und arbeitete beständig in seinem Gesicht. Das erste, was der Oberstleutnant tat, nachdem er Heinz lange und herzlich die Hand geschüttelt hatte, war, daß er zum Fenster ging und beide Flügel weit öffnete.

„Uff!" sagte er aufatmend. „Hören Sie mal, Hollfelden, wollten Sie hier langsam rösten oder haben Sie unversehens einen Eisblock verschluckt, den Sie auftauen müssen? Wer, um Himmels willen, hat denn hier bei dieser Temperatur eingeheizt?"

„Wer? — Ich!" erwiderte Heinz und starrte wie geistesabwesend auf die Flamme, die im Kamin prasselte. „Mich fror."

Ehe Arnstorf etwas hatte erwidern können, trat Heinz dicht an ihn heran und raunte ihm zu:

„Haben Sie den Mann gesehen — draußen — auf der Treppe?"

„Nee. Was für 'n Mann denn?"

Hollfelden zuckte die Achseln und starrte wieder in das Feuer.

„Wenn Sie ihn nicht gesehen haben, verbirgt er sich. Ich werde überwacht."

„Hören Sie mal — —"

„Ich werde überwacht!" beharrte Heinz und preßte krampfhaft die Handflächen aneinander. „Der Mann ist mir ein paar Straßen weit nachgegangen — bis in das Haus hier."

Der Oberstleutnant lachte.

„Ja, lieber Freund, und wenn ich hier wohnte, wäre er mir nachgegangen," meinte er. „Er wird eben hier zu tun haben."

Heinz gab keine Antwort. Schweigend ging er zum Ofen und stieß den Feuerhaken heftig in die Flamme. Arnstorf trat zu ihm und legte ihm seine Hand auf den Arm.

„Nun kommen Sie mal, lieber Freund, und reden Sie vernünftig über die Sache. Das sind doch nur Einbildungen, Hollfelden. Kommen Sie, wir wollen — ja, Himmel, das habe ich ganz vergessen."

Er ging zum Tisch und nahm ein Paket, das er bei seinem Kommen dort niedergelegt hatte. Hastig löste er den Bindfaden.

„Sehen Sie. Sie sahen so verhungert aus, wie Sie in den Klub kamen," meinte er. „Da habe ich Ihnen was zum Essen mitgebracht. Auch 'n guten Tropfen zum Nachgießen. So, geben Sie mal ein paar Gläser, ich habe auch Durst."

Er brachte Kuchen zum Vorschein, an dem eine ganze Familie sich hätte sattessen können, und zwei langhalsige Flaschen. Heinz mußte wider Willen lachen und brachte gehorsam zwei Gläser. Der Oberstleutnant schenkte ein, und er zwang Hollfelden ohne Erbarmen, ein Stück Kuchen nach dem andern zu nehmen. „Er selbst aß mit dem besten Appetit, und er sah mit heimlichem Vergnügen, daß es auch Heinz, der in der Tat an diesem Tage noch keinen Bissen hatte genießen können, schließlich doch recht gut schmeckte. Der vortreffliche Burgunder verfehlte seine Wirkung auch nicht; wie neue Lebenskraft flößte Heinz es durch seine Adern rinnen, und es gelang ihm, den lähmenden Druck abzuschütteln, der auf ihm gelegen hatte.

„Herr Oberstleutnant," sagte er und ergriff über den Tisch weg die Hand des Freundes, „Sie sind der beste Mensch, der mir begegnet ist. Mein Himmel, ich glaube wirklich, daß ich beinahe daran war, den Verstand zu verlieren."

Arnstorf umfing seine Hand mit festem Druck, lachte aber dabei.

„Na, na!" meinte er. „So schnell geht das nicht lieber Freund. Ich halte Sie so weit für geistig ganz normal. Sein höchsten Nervosität hat ja heute schließlich jeder von uns Großstädtern. Na, und also nun, Sie haben mich doch jedenfalls hergerufen, um mir eine Generalbeichte oder so was ähnliches abzulegen. So, jetzt gießen wir uns noch ein Gläschen ein, und dann lassen Sie hören."

Heinz lehnte sich auf seinem Stuhl zurück. Sein Gesicht trug jetzt wieder einen düsteren Ausdruck.

„Es ist — es handelt sich — um diesen Martens," sagte er abgebrochen. „Ich habe etwas verschwiegen. Meine Aussage war nicht — wahrheitsgemäß. Das heißt, sie enthielt nicht die ganze Wahrheit. Die Folge davon ist, daß ich selbst in den Verdacht kommen kann, etwas mit dem Morde zu schaffen zu haben."

Der Oberstleutnant war sehr ernst. Fest sah er Heinz in die Augen.

„Was haben Sie verschwiegen?" fragte er kurz, ohne Hollfeldens Schlußbemerkung zu beachten.

Heinz gab nicht sogleich Antwort. Unruhig stand er auf, ging ein paarmal im Zimmer auf und nieder und blieb schließlich am Schreibtisch stehen.

„Es war jemand hier im Hause in jener Nacht," sagte er, und man merkte es ihm an, wie er sich jedes Wort abringen mußte. „Jemand, der ein Interesse an Martens hatte. Jemand, der oben in seiner Wohnung war — oder war — während das Verbrechen verübt wurde."

Arnstorf bedeckte das Gesicht mit der Hand. Vom Ofen kam eine unerträgliche Hitze.

„Warum haben Sie das verschwiegen?" fragte er.

„Weil, — weil es ein Mädchen war, und weil ich ein Narr bin."

Es gab ein tiefes Schweigen. Dann stieß der Oberstleutnant seinen Stuhl mit dem Fuß zurück und atmete tief auf.

„Ah ja — ein Mädchen," sagte er, und seine Worte hatten einen seltsam heftigen Klang. „Ich habe beinahe etwas Derartiges erwartet. Erklären Sie mir —!"

(Fortsetzung folgt.)

— **Wahlversammlung.** Unser bis mit gestrigen Blatt von der Deutschnationalen Volkspartei einberufenen Wahlversammlung, in der Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Wamm sprach und die erst gegen Mitternacht ihr Ende fand, werden wir in der morgigen Nummer berichten.

— **Deutsch-demokratische Partei.** Im Reigen der Wählerversammlungen zu dem bevorstehenden Großkampftag am 20. Februar folgt am Samstag, den 12. ds. Mts., abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Haufe" eine öffentliche Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei. In dieser werden sprechen 1) der Ministerialpräsident a. D. Stowitz und 2) der Spitzenkandidat der deutsch-demokratischen Landtagsliste für Südwestfalen, Herr Landgerichtsrat Dr. Köpper-Altehoff aus Bochum über „Des Reiches Aufbau und Preußens Aufgaben". Alle Wählerinnen und Wähler werden hierauf aufmerksam gemacht; ferner seien die Mitglieder und Freunde der Partei nochmals auf die Bezirksversammlungen hingewiesen, die in Bezirk 2 heute, in Bezirk 1 morgen abend stattfinden. (Siehe Anz. in gestriger Nr.)

— **Die Zentrumspartei** bittet alle Frauen und Jungfrauen die heute Abend 6 Uhr im Hotel „Zur Haufe" stattfindende Wählerinnenversammlung nicht zu versäumen. Frau Anton-Hagen wird einen fesselnden Vortrag halten. Ehrenpflicht aller christlichen Frauen und Jungfrauen ist es, zu erscheinen.

— **Der hiesige Jugendring** hat am Freitag den 11. Februar abends 8 Uhr in Zimmer 3 der Fortbildungsschule eine Zusammenkunft zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft. Da noch viele Jugendgruppen und -Vereine dem Zusammenschluß fernstehen, werden diese gebeten, zu der Besprechung Vertreter zu entsenden. Es ist gemeinsame Sache aller Jugendlichen, was dort besprochen werden soll.

— **Vom Kaninchenzucht-Verein „Einigkeit"** Gevelsberg wird uns geschrieben: Die am 12. und 13. Februar im Saale des Herrn Jul. Schilken stattfindende große Kaninchen- und Produkten-Schau sieht ihrer Eröffnung entgegen. Dieselbe umfaßt zirka 300 Tiere aller Rassen. Die Teilnahme der Bevölkerung dürfte nicht ausbleiben, zumal hervorragende Züchter ihr Bestes zur Schau bringen. Wie die Tiere selbst, so dürften die aus Kaninchenfellen hergestellten Pelzsachen allseitige Beachtung finden. Ein Besuch dieser großen Ausstellung wird sich für jeden lohnen. Das Einsetzen der Tiere ist heute, Donnerstag, bis 9 Uhr abends. **Man beachte die Anzeige in der Freitagsnummer.**

— **Feuer.** Gestern abend gegen 8¼ Uhr brach in der Schreinerei des Baugeschäfts W. Wolfslast, Grünthalerstraße im Trockenraum, woselbst eine große Anzahl Fußbodenbretter zum Austrocknen aufgestapelt waren, Feuer aus. Der Brand ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß die Funken durch die etwas lädierten Mauerfugen des Trockenofens gedrungen sind. Da an beiden Seiten Brandmauern vorhanden, die Decken mit Beton gedeckt waren, so war glücklicherweise ein weiteres Umsichgreifen des Feuers unmöglich. Die hinzugerufene Feuerwehr löschte den Brand. Es ist ein Schaden von mehreren tausend Mark entstanden, der jedoch zum Teil durch Versicherung gedeckt ist. Eine Brandstiftung liegt nicht vor.

— **In dem mysteriösen Vorfall** in der Neustraße schreibt uns die hiesige Kriminalpolizei folgendes: Am 31. Januar 1921 abends wurde in der Neustraße in der Nähe des Realgymnasiums ein junges Mädchen im Alter von 16—17 Jahren, etwa 1,70 Mtr. groß, mit zugebundenem Munde fast bewußtlos aufgefunden. Das Mädchen hatte schwarzes gewelltes Haar und blühendes Aussehen. Sie war bekleidet mit einem bläulichen Mantel ohne Kopfbedeckung. Eine hinzukommende Frau, die auf das Weinen des Mädchens aufmerksam gemacht worden war, konnte von dem jungen Mädchen weder den Namen noch die Wohnung erfahren. Da die Kleider sehr schmutzig und in Unordnung waren, ist anzunehmen, daß es sich hierbei um einen Ueberfall oder einen Versuch handelt und dieses dürfte damit übereinstimmen, daß wenige Schritte von der Aufgefundenen eine männliche Person bemerkt wurde, die etwa wie folgt beschrieben wird: Ungefähr 30 Jahre alt, kräftig gebaut, 1,70—1,75 Mtr. groß, bekleidet mit einem dunklen Cowercoat, gesteppt und einem braunen oder dunklen Pelzkragen. Die Zeugin hat das aufgefundene junge Mädchen die Mittelstraße hinauf begleitet, wo sie ihren angeblichen Bruder traf, den sie mit Vornamen Alfred anredete. In der oberen Mittelstraße, in der Nähe des Beermannschen Geschäftes hat sich die Zeugin von diesen beiden Personen entfernt. Die Beiden sollen dann die Mittelstraße weiter hinaufgegangen sein. Sämtliche Personen, die irgend welche Angaben über diesen Vorfall machen können, mögen sie noch so geringfügig erscheinen, werden gebeten, Herrn Kommissar Bäcker Mitteilung zu machen. Insbesondere wird das junge Mädchen, welches sich vielleicht aus Scham nicht meldet, aufgefordert, ihre Angaben, die selbstverständlich unter strengster Verschwiegenheit aufgenommen werden, zu machen.

— **Tot aufgefunden.** Der Fabrikarbeiter Gerult aus Gevelsberg, beschäftigt bei den Hufthwerken wurde in seiner Lagerwohnung „Zur Herberge", Hochstraße 14, tot aufgefunden. Nach der ärztlichen Feststellung soll es sich um einen Herz- aber Gehirnschlag handeln. Die Untersuchungen sind noch nicht ganz abgeschlossen.

— **Beschlagnahme.** Bei einer in Gevelsberg vorgenommenen Waffendurchsuchung wurden bei einem ehemaligen hiesigen Baltikum-Offizier Feld-Fernsprechapparate und 2 Pistolen gefunden.

— **Gestohlen.** Von einer Grabstätte auf dem oberen Friedhofe wurden Kupferbedeckungen gestohlen.

— **Zur Festnahme** gelangten eine Person wegen Sittlichkeitsverbrechens und ein Mädchen wegen Gelddiebstahls.

— **Inhaftiert.** Ein angeblicher Detektiv mit seinem Gehilfen, die von einer fremden Kriminalpolizei gesucht wurden, kamen hier in Haft.

— **Die Diebstähle** an Eisenbahngut haben in den letzten Monaten trotz aller Gegenmaßnahmen wieder einen derartigen Umfang angenommen, daß sie zu einem Krebsschaden am Volkswohl auszuwachsen drohen. Sie mit allen Mitteln zu bekämpfen, ist in erster Linie Sache der Eisenbahnverwaltung. Zu diesem Zweck besteht seit längerer Zeit bei der Eisenbahndirektion eine Ueberwachungsabteilung (Zentralstelle), der als Außenstellen die Eisenbahnkriminalstellen in Elberfeld, Düsseldorf, Hagen, Siegen und Opladen angegliedert sind. Die Arbeit dieser Stellen reicht aber bei weitem nicht aus, dem unheilvollen, die Allgemeinheit schädigenden Treiben der Eisenbahndiebstähle ein Ende zu machen. Nicht nur die Eisenbahnverwaltung, sondern auch die breiteste Oeffentlichkeit hat ein reges Interesse daran, die Diebstähle an Gütern, die der Eisenbahn zur Beförderung übergeben sind, aufzudecken, denn Waren im Werte von vielen Millionen werden auf diese Weise dem ordentlichen Handel entzogen und erreichen das ihnen gesetzte Ziel nicht. Die Eisenbahnverwaltung kann daher nicht der Mitarbeit des Publikums entbehren. Wenn auch bisher schon aus den Kreisen der Oeffentlichkeit manche Winke gegeben worden sind, die zur Aufdeckung von Diebesbanden geführt haben, so scheint es geboten, daß noch mehr wie bisher jeder Einzelne an der Aufdeckung der Diebstähle dadurch mitwirkt, daß er möglichst bald von Tatsachen, die ihm zu Ohren gekommen sind, und die zur Entdeckung oder Ueberführung von Dieben verwandt werden können, den obenbezeichneten Eisenbahndienststellen Kenntnis gibt. Die Namen der Einsender werden nicht bekannt gegeben, jedoch werden für zweckdienliche Mitteilungen hohe Belohnungen bewilligt. Zum Beweise, welche Ausdehnung die Diebstähle an Eisenbahngut erfahren haben, sei nur darauf hingewiesen, daß in den Monaten November und Dezember 1920 im Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld das Fehlen oder die Beraubung von der Eisenbahn zur Beförderung übergegebenen Gütern in etwa 3900 Fällen festgestellt worden ist und das während dieser Zeit 319 Diebe ermittelt wurden, wovon 107 Eisenbahn- und 212 Privatpersonen waren. Hieraus ergibt sich, daß die Diebstähle nur dadurch einen solchen Umfang erreichen konnten, daß Privatpersonen in allergrößtem Umfange sowohl als Diebe wie als Hehler mitgewirkt haben. Vom 1. April 1920 bis Ende November 1920 sind für Verlust, Beraubung und Beschädigung von Gütern im Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld allein über 36 Millionen Mark gezahlt worden.

— **Kein Getreidemonopol der Regierung.** Von maßgebender Seite erfahren wir: In linksradikalen Kreisen wird die Behauptung aufgestellt, die Reichsregierung habe die Absicht, die Getreideeinfuhr aus dem Auslande sowie die nur noch zu 50 Prozent unter die Zwangswirtschaft zu stellenden Getreidevorräte des Inlandes unter ein Reichsmonopol zu bringen, während die Landwirte die übrigen 50 Prozent verfüttern oder im freien Handel verkaufen können. Diese Behauptungen sind vollkommen unzutreffend. Der Gedanke an ein Reichsmonopol ist zwar ernsthaft in Erwägung gezogen worden, kann aber im gegenwärtigen Augenblick nicht als spruchreif angesehen werden. Außerdem ist nicht beabsichtigt, 50 Prozent der Inlandsgetreidevorräte der Zwangswirtschaft vollkommen zu entziehen. Im übrigen ist aber darauf hinzuweisen, daß nicht, wie angedeutet worden ist, die Möglichkeit zugelassen wird, deutsche Getreidevorräte an das Ausland zu verkaufen.

— **Die körperliche Entwicklung der Jugend.** In einer in Essen abgehaltenen Volksversammlung machte der praktische Arzt Dr. Lorenz aus Mülheim, der als Werksarzt in der Thyssenschen Arbeiterschaft tätig ist, bemerkenswerte Mitteilungen über die körperliche Entwicklung der heutigen Volksjugend in Deutschland. Seine Ermittlungen haben ergeben, daß ein 14½ Jahre alter Schulknabe, der seine Lehre antritt, vor dem Kriege 55 Pfund wog. Das durchschnittliche Körpergewicht ist heute auf 68 Pfund zurückgegangen. Das Maßverhältnis bei den Mädchen ist etwas geringer. Bei ihnen beträgt der Gewichtsrückgang durchschnittlich 5 Pfund. Dabei sind sie aber in der sonstigen körperlichen Entwicklung um 1—2 Jahre gegenüber der Friedenszeit zurückgeblieben. — Besonders interessant sind die Feststellungen des Arztes über die Körperlänge. Auf Grund seiner Beobachtungen versichert der Redner, daß die Körpergröße bei der im Kriege aufgewachsenen deutschen Jugend um durchschnittlich 13½ Zentimeter zurückgegangen ist. Während die romanische Rasse von Haus aus körperlich kleiner ist als die germanische, hat die letztere diesen Vorsprung eingebüßt. Ja, es läßt sich einwandfrei feststellen, daß die rheinisch-westfälische Volksjugend kleiner geworden ist, als diese ganze französische. Von einem so heranwachsenden Geschlecht kann man naturgemäß nicht dieselbe Leistungsfähigkeit voraussetzen wie von dem vorkriegszeitlichen. — Als Werksarzt bei Thyssen — so fuhr der Redner fort — muß ich tagtäglich mich mit solchen Dingen beschäftigen. Ich muß die Lehrlinge mit solch unentwickeltem Körper untersuchen und muß feststellen, daß sie in Massen körperlich zugrunde gehen. Dazu werden sie durch die reichen Geldmittel, die ihnen heute zur Verfügung stehen, und die vielen Lockungen des Vergnügens weiterhin ungünstig beeinflußt. Es ist geradezu erschreckend, zu beobachten, wo bei diesen jungen Leuten in unserer Industrie am Tage nach den Sonntagen die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit herabgesetzt ist. Kaum eine halbe Stunde können sie ununterbrochen durchhalten.

*

* **Milspe,** 8. Febr. Volkssittlichkeit und Volkskraft. Ueber dieses Thema sprach vor einigen Tagen im Gemeindehaus in Milspe der Reisesekretär der Deutschen Mitternachtsmission e. V. Hamburg 5, Wilhelm Kull. Es waren dunkle Bilder, die der Redner vor Augen und Gemüt führte. Die Volkskraft wurzelt einzig in einem starken sittlichen und religiösen Bewußtsein eines Volkes. Er wies nach, daß eine hohe Schmutzwelle unser Land überflutet. Ueberall ist die sittliche Ordnung durchbrochen. Der Verkauf pornographischer Postkarten vergiftet weiteste Volkskreise. Die Schundliteratur zerstört unaufhaltsam die Blüten unseres Volkes, unsere Jugend. Die Hauptwurzeln des Niederganges sind in der Genußsucht zu finden. 1. Im Alkohol. Er ist der Kuppler der Unsittlichkeit und vernichtete jährlich vor dem Kriege 34 800 Menschen, an den Folgekrankheiten starben jährlich 30 000 Menschen und 40 000 deutsche junge Männer opfern jährlich ihre geistige und körperliche Gesundheit dem Alkohol. 2. Alljährlich werden 3½ Milliarden Mk Alkoholgetränken vertrunken, woran die Bo[illegible] wesentlichen Anteil haben. 3. Das [illegible]ne Kino sei zu einer wahren Brutstätte ärgste. Volksvergiftung herabgesunken. Deutschland besitzt augenblicklich 3731 Lichtbildbühnen, in die sich täglich über 2 Millionen Menschen drängen. 4. Ueber die großstädtischen Bühnen Deutschlands geht augenblicklich ein Stück, so voll Gemeinem, ausgesucht Schamlosem, daß einem die Worte der Entrüstung fehlen, um den Schmutzfinken, den Schöpfer dieses Stückes in gehöriger Weise zu brandmarken, Heinrich Lauterbach: „Pfarrhauskomödie." Künstlerisch wertlos, theologisch dumm und falsch, kann das Stück nur unendlichen Schaden unter unserm Volk anrichten. 5. Hamburg hat 30 000 und Berlin 50 000 Prostituierte. 60 Prozent sind ehemalige Dienstmädchen, 60 Prozent aller erkrankten Männer haben sich innere Krankheiten bei den kontrollierten Dirnen geholt. 95 Prozent aller Dirnen seien erkrankt an der Syphilis. Nach dem letzten Bericht der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gibt es in Berlin und Hamburg 140 Prozent Tripper, 40 Prozent Syphilis unter der männlichen erwachsenen Bevölkerung. 6. Von 32 Millionen Männer waren schon vor dem Kriege 1 800 000 geschlechtskrank. Nach den neuesten Feststellungen des Ministeriums des Innern (November 1919) haben wir augenblicklich 6 Millionen Geschlechtskranke. 7. Nach Dr. med. Karl Seher sind bei 63 Prozent aller fruchtbaren Ehen die Geschlechtskrankheiten die Ursache. Zum Schluß führte der Redner noch weiter aus, daß die Reglementierung durchaus nichts gebessert habe, sondern im Gegenteil Zuhältern, Kupplern und vor allen Bordellwirten den Anlaß gegeben, zu einem raffinierten Ausbau der modernen Prostitution zum Zwecke der schamlosesten Ausbeutungen. Die geheime Prostitution sei durch die Kasernierung nur noch mehr gewachsen, zumal sie in enger Fühlung mit der kasernierten stehe. Die Bordelle seien die Hochschulen aller Perversitäten sowie der Hauptherd der Geschlechtskrankheiten. Von 60 deutschen Städten marschiert Hamburg-Altona mit 12 Straßen und 209 Bordellen an der Spitze. Der Mädchenhandel sei von jeher ein einbringliches Geschäft. Das Ausland zahle schon immer sehr hohe Preise für deutsche Mädchen. Will man noch fragen, wo der große Feind stand, der Deutschland niederzwang? Und kann unser Volk anders erstarken, als das wir allen diesen finsteren Nachtseiten unseres Volkes offen entgegensehen und dann nach Heilung suchen? Zuletzt berichtete der Redner noch von der erfolgreichen Retterarbeit an gescheiterten Mädchen und empfahl die Sache der Mädchenschutzheime.

* **Boerde,** 9. Febr. Säuglings- und Lungenkranken-Fürsorge. Am Freitag, den 11. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet in Boerde in der Schule am Häuschen von der Mutterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle ein Sprechtag statt. Mütter, welche für die Pflege und Aufwartung ihrer Kleinen Rat brauchen, können dort unentgeltlichen Rat bekommen und werden gebeten, diese nützliche Einrichtung nach Möglichkeit zu benutzen. — Ebenso sei darauf hingewiesen, daß am gleichen Tage, nachmittags 4½ Uhr, daselbst auch eine Beratungsstunde der Kreis-Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke stattfindet. Die Beratung erfolgt ebenfalls unentgeltlich. In geeigneten Fällen werden den Kranken Kuren in Heilstätten bewilligt oder es wird ihnen, wenn nötig, in anderer Weise geholfen.

Westfalen und Rheinland.

hn. **Hagen,** 10. Febr. Falsche 50-Markscheine sind in Hagen in Umlauf. In verschiedenen Geschäften der Stadt sind solche Scheine in den letzten Tagen ausgegeben und als echt vereinnahmt worden. Insbesondere seien deshalb besonders gewarnt. Die Falschscheine sind verhältnismäßig gut nachgemacht, aber daran zu erkennen, daß der Druck der Strafandrohung (in der Mitte der Rückseite) unklar ist und daß die Rosafaserung im weißen Rande der Rückseite fehlt.

* **Iserlohn,** 9. Febr. Vom 21. Februar ab gelangt der gesamte Straßenbahnverkehr der Westfälischen Kleinbahn zu Letmathe zum Stillstand. Zu diesem Tage ist bereits dem gesamten Personal gekündigt worden. Der Güterverkehr wird aufrechterhalten. Der Grund zu dieser einschneidenden Maßnahme ist in der stets wachsenden Unterbilanz zu suchen. Für die Stillegung kommen die Strecken Hohenlimburg — Iserlohn — Hemer — Westig — Letmathe—Altena in Frage.

* **Dortmund,** 8. Febr. Bei einem vom Kaiserl. Amt Aalborg (Dänemark) ausgeschriebenen internationalen Wettbewerb für eine neue Straßenbrücke über den Limfjord waren aus allen Kulturstaaten 42 Entwürfe eingebracht worden. Die Entscheidung des Preisgerichtes ist nunmehr gefällt. Je einen ersten Preis erhielt die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg in Gustavsburg in Verbindung mit einer Kopenhagener Tiefbaufirma und die Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen, ebenfalls in Verbindung mit einer Kopenhagener Tiefbauhütte und Professor Wach-Düsseldorf. Sechs weitere Entwürfe wurden angekauft, und zwar als einzig rein deutsche Arbeit der Entwurf von Harkort A.-G. Duisburg, Tiefbaubetonfirma Heinrich Butzer-Dortmund, Professor Watreis-Düsseldorf und Professor Dr. Ing. Müller-Braunschweig. Die Baukosten der Brücke werden auf 8 Millionen dänische Kronen veranschlagt.

Ohligs, 8. Febr. Die preußische Staatsregierung hat die Bestätigung der Wahl des kommunistischen Beigeordneten Menge zum Bürgermeister in Ohligs abgelehnt, offenbar wegen der beleidigenden Angriffe Menges auf die Regierung, vielleicht auch wegen mangelnder Qualifikation.

* **Köln,** 9. Febr. In der morgigen Stadtverordnetensitzung fordert die Stadtverwaltung von Köln einen weiteren Kredit von 60 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues. Damit steigt die Summe der Aufwendungen für diese Zwecke seitens der Stadt Köln auf 200 Millionen Mark, die rund 4800 Wohnungen hergestellt haben, wenn allerdings seitens des Reiches 48 Millionen Mark Ueberteuerungszuschüsse hinzukommen. Köln steht mit dieser Leistung auf dem Gebiete der Wohnungsherstellung nach dem Kriege an der Spitze der deutschen Städte. Verbaut sind etwa 188½ Millionen Mark. In die Zahl der obigen 4800 Wohnungen sind von Privatunternehmern und Gemeinnützigen Baugenossenschaften errichtete Wohnungen (2500) nicht eingerechnet.

* **Aachen,** 9. Febr. Die Aachener haben sich ihren Karneval nicht ganz nehmen lassen. Trotz des Verbots entfaltete sich das Treiben „kostümierter", singender und musizierender Menschengruppen in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt impulsiv so mächtig, daß die Polizei den Massen machtlos gegenüberstand. Sie drückte beide Augen zu, da das Treiben im allgemeinen durchaus harmlos war. Am Montag abend kam es aber dennoch zu unliebsamen Vorkommnissen und Zusammenstößen mit belgischen Patrouillen und Soldaten. Einer dieser Zusammenstöße nahm leider sehr ernste Formen an. In der Wirtschaft von Jean Meurer in der Promenadenstraße scheinen belgische Soldaten mit Zivilpersonen aneinandergeraten zu sein; die Belgier holten Verstärkung herbei und gegen ½10 Uhr abends rückten starke belgische Patrouillen an, die das mittlerweile geschlossene Haus unter Feuer nahmen. Das Haus weist heute an seiner Front zahlreiche Spuren von Gewehrschüssen bis zu dem obersten Stockwerk auf. Viele Fensterscheiben sind zertrümmert. Die Hausuhr wurde zerschlagen und die Wirtschaftseinrichtung zerstört. Durch die Schüsse sind zwei Personen schwer verletzt worden. Die Straße wurde mit dem Bajonett gesäubert. Die Vorgänge dauerten wohl eine ganze Stunde.

Der Branntweinschieber Cohen im Sanatorium.

Der Branntweinagent Martin Cohen, der wegen Verfehlungen gegen das Wuchergesetz vor einigen Wochen verhaftet worden ist, wurde gegen Stellung einer Kaution von 750 000 Mark vom Untersuchungsgefängnis nach einem Sanatorium überführt. Diese Beurlaubung und Entlassung aus der Untersuchungshaft muß eben so viel Aufsehen erregen wie die Anfang dieses Jahres erfolgte Verhaftung Cohens. Cohen, der erst 32 Jahre zählt, und trotzdem er mehrere Jahre durch gewisse Umstände an der freien Entfaltung seiner kaufmännischen Fähigkeiten gehindert war, nach seinen eigenen Angaben in den letzten Jahren etwa 40 Millionen Mark verdient hat, ist gegen die in Anbetracht der Lebensführung Cohens und seines Vermögens lächerliche Summe von 750 000 Mark freigelassen worden. Ebenfalls wird der Schiffsmann bei Reichsstellen seine Dienste nehmen und nicht nur der Verhaftung seiner zweifachen Zuchthausstrafe befreit wurde, sondern auch einen Auslandspaß erhalten konnte, ist selbstverständlich alles möglich.

Theater und Musik.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

Wie uns die Intendanz des Theaters mitteilt, ist die Festvorstellung „Die Meistersinger von Nürnberg" bereits ausverkauft. Am Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt „Die spanische Fliege" und Montag den 14. Februar abends 7½ Uhr „Der Raub der Sabinerinnen" zur Aufführung.

Wirtschaftlicher Teil.

Die Repressalienklausel und das Auslandsgeschäft.

Wie uns vom Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld mitgeteilt wird, hat das es eine ganze Reihe von Leuten geben, denen die Festnahme und Inhaftierung ihres Freundes und finanziellen Beistandes sehr unangenehm gewesen ist. Auch im Berliner Theaterwesen hat Cohen Unheil sehr von ihm abhängige Freunde, denen die Nachricht, daß Cohen krankheitshalber ein Sanatorium im Westen beziehen konnte, sehr sympathisch gewesen sein wird. Wenn Cohen von seiner Freiheit und seinen Mitteln den rechten Gebrauch macht und abrückt, dann geschieht den Leuten, die einen Mann, mit dem Vorleben, wie Cohen es hat, so billig aus den Händen lassen, nur Recht. In einer Zeit, in Auswärtige Amt an den Reichstagsabgeordneten van den Kerkhoff-Velbert, das folgende Schreiben gerichtet: „Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das Schreiben vom 25. Januar ergebenst zu erwidern, daß in Uebereinstimmung mit Euer Hochwohlgeboren auch die Reichsregierung der Auffassung ist, daß eine Aufhebung der Repressalienklausel für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben von weittragender Bedeutung wäre. Sie hat demgemäß diese Frage auch bei den Brüsseler Verhandlungen zur Sprache bringen lassen. Ich darf hierzu auf das dem Reichstag zugegangene Weißbuch über die Brüsseler Konferenz und insbesondere auf die Seite 19 abgedruckten Ausführungen des Sachverständigen Dr. Melchior verweisen. Wie bereits in der Antwort der Reichsregierung auf Ihre frühere Anfrage erwähnt, hat sich bisher nur die Britische Regierung zu einer teilweisen Nichtanwendung des § 18 Anlage 2 zu Teil 8 des Friedensvertrages entschlossen. Die Reichsregierung wird aber bemüht bleiben, auch in anderen Ländern des Feindesverbandes der Erkenntnis Bahn zu brechen, daß die uneingeschränkte Geltung der Repressalienklausel die Aufnahme normaler und ersprießlicher gegenseitiger Wirtschaftsbeziehungen erheblich behindert. Ein wichtiges Mittel, für die Förderung dieser Erkenntnis ist der Druck, den die deutschen Interessenten auf ihre Geschäftsfreunde auszuüben vermögen, und der immer erneute Hinweis, auch in der Presse, daß sich der deutsche Handel vornehmlich in die Länder verziehen wird, wo er vor der Anwendung der Repressalienklausel geschützt ist. gez. Dr. Simons.

NIVEA

Vorbeugend, heilend, lindernd und kühlend bei spröder, rissiger Haut, Entzündungen, kleinen Verletzungen, Brandwunden und leichten Ausschlägen wirkt Nivea-Creme.

P. Beiersdorf & Co., G. m. b. H., Hamburg.
Hersteller der Zahnpaste PEBECO.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für deutsche Auszahlungen in	8 Februar Geld	8 Februar Brief	9 Februar Geld	9 Februar Brief
Holland 100 Gulden	2210.85	2212.15	2207.90	2209.20
Belgien 100 Frk.	456.00	457.40	454.60	456.00
Norwegen 100 Kr.	1111.35	1113.65	1078.00	1080.20
Dänemark 100 Kr.	1156.30	1158.70	1121.35	1123.65
Schweden 100 Kr.	1161.60	1163.40	1123.65	1125.35
Finnland 100 finn. M.	217.50	218.25	208.75	209.50
Italien 100 Lire	222.25	222.75	218.75	219.25
England 1 Pfd. St.	2238.75	2239.25	2235.25	2235.75
Amerika 1 Dollar	61.81	61.94	60.13	60.25
Frankreich 100 Frk.	435.65	436.45	424.55	425.35
Schweiz 100 Frk.	969.00	971.00	970.45	972.45
Spanien 100 Pes.	859.10	860.90	859.45	861.25
Oesterreich 100 Kr.	00.00	00.00	0.00	0.00

Kölner Börse.

	8 Februar Geld	8 Februar Brief	9 Februar Geld	9 Februar Brief
Englische Noten	251.75	252.50	251.00	251.75
Französische Noten	431.00	436.00	435.00	438.00
Belgien	457.00	458.00	449.50	451.00
Holland	2205.00	2215.00	2057.50	2065.00
Norwegen	60.25	61.00	59.50	60.00

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinkel; für den Anzeigenteil: Rich. Klinkenberg; beide in Gevelsberg.

August Haas Beigeordneter in Köln a. Rh. spricht morgen abend 8 Uhr im Hotel „Zur Haufe".

Alle Wählerinnen und Wähler sind freundlichst eingeladen. **Sozialdemokratische Partei (S. P. D.) Ortsgruppe Gevelsberg.**

Anstelle von Karten!

Die glückliche Geburt eines strammen

Mädels

zeigen hocherfreut an

Ewald Isenberg u. Frau
Clärchen geb. Ellinghaus.

Dortmund, den 8. Februar 1921.
Hohensyburg-Drogerie.

Bekanntmachung.

Samstag, den 12. Februar, nachmittags von 3 Uhr ab, findet in der Hauptschule eine Untersuchung derjenigen nichtschulpflichtigen Kranken statt, die Anspruch auf Vollmilch machen zu können glauben.

Bei der außergewöhnlichen Knappheit an Milch kann keine Gewähr dafür geleistet werden, daß die im Umlauf befindlichen Vollmilchkarten täglich in voller Höhe beliefert werden.

Milspe, den 9. Februar 1921.

Lebensmittelamt.

Freiwillige Versteigerung.

Am Sonnabend, den 12. Februar 1921, nachmittags 3 Uhr beginnend, werde ich in **Milspe, Voerder Str. 17** (neben der Post)

4 große Kleiderschränke, 2 Küchenschränke (einer mit Glas- und Messingverglasung), 1 elektr. Zuglampe, 4 Bettstellen mit Matratzen, 1 kompl. Bett, 5 verschiedene Tische, 1 Garderobenständer, 2 Holzkisten, eine Partie Stühle, 1 Posten Schreibpapier u. a. m.

gegen Meistgebot und Bezahlung bestimmt versteigern. Besichtigung 1 Stunde vor dem Verkauf.

Andree,
Gerichtsvollzieher in Schwelm.

Deutscher Jugendbund.

Freitag, den 11. Februar, abends 8 Uhr in der Aula:

Unterhaltungs-Abend.

Der Vorstand.

Oeffentliche

Zentrumswähler-Versammlung.

Montag, den 14. Februar 1921, abends 6 Uhr, im Saale des Herrn Julius Schilken, Mittelstraße:

Redner:

Herr Professor Dünnebacke, Dortmund.

Alle Wähler und Wählerinnen sind eingeladen.

Alle Zentrumswähler und -wählerinnen, alle Freunde der christlichen Solidarität, alle Anhänger des Jung-Zentrum betrachten es als Ehrenpflicht, zu erscheinen.

Eintritt 1.— Mk. zur Deckung der Unkosten.

Zentrums-Verein.

Oberschlesier!

Die Interalliierte Kommission hat soeben die Frist für die Einsprüche verlängert. Einsprüche sind daher in einer am

Sonntag stattfindenden Versammlung,

deren näherer Zeitpunkt noch angegeben wird, zu erheben, da am Montag, den 14. ds. Mts., mittags 1½ Uhr, ein Kurier nach Breslau mit den Einsprüchen abgeht. Alle, die bereits vom paritätischen Ausschuß eine Mitteilung über ihre erfolgte Eintragung in die Stimmliste oder deren Ablehnung erhalten haben, bitte ich diese Urkunden mit Couverts und den darauf befindlichen Briefmarken zur Feststellung des Abgangsstempels bei Herrn **Drescher, Brüggefelderstraße 2,** oder dem Unterzeichneten abzugeben. Von den gestern abend in der Versammlung abgegebenen Urkunden waren bereits 4 ungültig, da Unterschrift und Stempel fehlte und sind telegraphisch neu angefordert worden.

Landsleute! Erfüllet Eure heilige Pflicht der getrechteten Heimat gegenüber und werde keiner zum Verräter an dem geliebten Vaterlande.

Dr. Weiß.

Der Wiederaufbau Deutschlands

ist das Ziel der Deutschen Volkspartei, dem sie alles andere unterordnet. Sie ist

der Landfriedensbund,

der von rechts und links die Kräfte zu schaffender Arbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sammelt. Darum verlangt sie, daß sich das Volk zu einer großen

Einheitsfront

der nationalen Abwehr gegen die unerhörten Pariser Forderungen der Entente zusammenschließt. Sonst sind wir verloren. Nur Einigkeit kann uns retten.

Qualitäts-Kaffee
finden Sie stets
frisch gebrannt und preiswert bei
Ww. Ernst Schulte,
Mittelstraße 72. Mittelstraße 72.

Bürgerverein Gevelsberg.

In der Jahreshauptversammlung vom 7. Februar wurde beschlossen, unter den Mitgliedern des Bürgervereins eine Sammlung freiwilliger Gaben für die

Oberschlesier-Spende

zu veranstalten. Wir appellieren an den Opfersinn unserer Mitglieder und bitten Spenden an unserm 1. Vorsitzenden Herrn Uhrmachermeister Hugo Boeck abzuführen. Ueber den eingegangenen Gesamtbetrag wird in der „Gevelsberger Zeitung" quittiert.

Der Vorstand.

HAGEN
Aula des Gymnasiums.

Kammer-Konzert

Sonnabend, den 12. Februar, abends 7½ Uhr:

Prof. Bram-**Eldering** (Violine)
Eman. **Feuermann** (Cello)
Artur **Laugs** (Klavier)

Vortragsfolge:
Klavier-Trio, Op. 99 . . . v. Schubert
Cello-Sonate, Op. 36 . . . . v. Grieg
Klavier-Trio, Op. 33 . v. Ew. Stresser.

Flügel: IBACH.

Eintrittskarten zu 10.— u. 7.— Mk. (ausschl. Steuer) Kunstkabinett Kollock, Konservatorium Otto Langs, Weststr. 15, Tel. 624 und an der Abendkasse.

Für eine zum 1. April hier zuziehende Gewerbelehrerin suche ich ein

möbliert. Zimmer

mit oder ohne Pension. Mündliche oder schriftliche Angebote erbittet Direktor Krauß, Mittelstraße 89.

Kost und Wohnung

frei. Mittelstraße 27, III.

Eine guterhaltene

5 Zimmer-Wohnung

mit Mansarde gegen eine **6-7-Zimmer-Wohnung** zu tauschen gesucht in Gevelsberg. Näheres in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Wohnungstausch.

Wer tauscht eine Wohnung in Elberfeld gegen eine in Gevelsberg, möglichst in der Nähe v. Lichtenplatz? Näh. in der Geschäftsst.

Zum sofortigen

Fuhrknecht

sofort gesucht.

Fritz Dröfling,
Wittener Straße 23.

Für mein kaufmännisches und Versand-Büro suche ich zum 1. April einen

Lehrling

mit guter Handschrift, möglichst mit Reifezeugnis. Vergütung nach Vereinbarung. Zuschrift nur selbstschriftl. Bewerbungen erbeten nicht

Friedr. Wilh. Lohmann.
Altenvoerde i. Westf.
Eisengießerei und Baubeschlagfabrik.

Mädchen

für ganze oder halbe Tage, welches zu Hause schlafen kann, gesucht.

Frau Gustav Gayl,
Bismarckstraße.

Mädchen oder Frau

zur Führung des Haushaltes gesucht.

Kistenweg 10.

Ein tüchtiges

Mädchen

für halbe oder ganze Tage bei gutem Lohn in kleinem Haushalt gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsst. ds. Ztg.

Halbtagsmädchen

für sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsst.

Junger, strebsamer

Kaufmann

aus der Eisenbranche, mit sämtlichen Büroarbeiten aufs beste vertraut und an selbständiges Arbeiten gewöhnt, in ungekündigter Stellung, stets in ausgedehnter Buchführung, Lohn- und Kommissions-Buchhaltung, Korrespondenz und Maschinenschreiben, gute Kenntnis der französischen Sprache, sucht, um sich zu verändern, zum 1. April oder später Stellung in einem Fabrik- oder Kommiss.-Geschäft in Gevelsberg oder nächster Umgebung.

Angebote unter **H. C. 10** an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Junges, gebild. Mädchen wünscht Stellung

in einem Büro. Erfahren in Schreiben und Stenographie. Angebote unter St. 939 an die Geschäftsst.

Suche für meinen Sohn, welcher am 1. April die Handelsschule verläßt,

Stelle

auf einem kaufmännischen Büro, womöglich mit Gelegenheit, sich in der französischen Sprache zu vervollkommnen. Gefl. Angebote unter **T. S. 734** an die Geschäftsst.

Günstige Gelegenheit!

Wegen Raummangel meines Lagers, 1 Bett gebraucht, 1 Küchen- und Schlafzimmer ein Nußbaum billig zu verkaufen. Rich. Manthey, Schreinermeister, Hagener Straße 24.

50 Sechzig bester

Waldboden

auf 10 Jahren zu Gartenland unentgeltlich zu verpachten. Gut Sondern Wilhelm Bockhacker.

Mandoline

zu verkaufen. Feldstraße 61.

100 □ Meter

Gartenland

preiswert zu verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsst. ds. Ztg.

Gut erhaltene

Dampfmaschine

billig zu verkaufen. Dasselbst

gute Mandoline

zu kaufen gesucht. Dongelstang, Berdhorststr. 72.

Mais,

sehr klein, geeignet zur Fütterung für Hühner u. Tauben, vorrätig bei

Herm. Eckes.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Heute abend 8½ Uhr:

Bibelstunde

Lichtenplatz (Mittlerer Saal 1. Et.)

Stadtm. Pfingsten.

1 Nähtische mit Matratze, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 Nachtkonsole, 1 kleine Waschmaschine usw. zu verkaufen.

Schmidt, Nordstr. 12.



Fabrik Marke

Kessler's Zigaretten
zu Fabrikpreisen.
Zigarren, Zigarillos,
la. Qualitäten.
Kautabak
stets frisch.
Strangtabak
feinste Ware.
Vorteilhafte Bezugsquelle.
Zweiggeschäft:
Zigaretten-Comp.
Kessler,
Gevelsberg, Mittelstr. 41.
Fabrik und Zentrale,
Hagen i. Westf.
Fernsprecher 458 u. 459

Frischen Schellfisch

empfiehlt

Ernst Berninghaus,
Inh.: Karl Berninghaus.
Telefon 567.

Lade Samstag frisch große und kleine Oldenburger

Schweine

aus. Gebe dieselben billigst ab.

Wilh. Tellenberg,
Hasslinghausen.
Tel. 515. Amt Gevelsberg.

Für gebrauchte

Möbel u. Herde

zahlt die höchsten Preise

Otto Hambach
Lager in gebr. Möbeln.
Winkelstraße 15, Oberstadt.
(Karte genügt).